

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Ernst Schwanhold,  
Anke Fuchs (Köln), Hans Berger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 13/7430 –**

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Uwe Jens, Anke Fuchs (Köln),  
Robert Antretter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksachen 13/1488, 13/2416 –**

### **Insolvenzen in der deutschen Wirtschaft**

#### **A. Problem**

Sprunghafter Anstieg der Unternehmensinsolvenzen in den alten und insbesondere in den neuen Bundesländern in den letzten vier Jahren.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, umgehend die Errichtung eines Konkursvermeidungsfonds in die Wege zu leiten, die Rahmenbedingungen für die Versorgung mit Risikokapital zu verbessern und kleinen und mittleren Unternehmen, deren Eigenkapitalausstattung nicht ausreicht, Kapitalhilfen zur Vorfinanzierung konkret benannter Aufträge zu gewähren.

#### **B. Lösung**

Ablehnung des Antrages.

**Mehrheit im Ausschuß.**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Keine

**Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Entschließungsantrag – Drucksache 13/7430 – abzulehnen.

Bonn, den 11. Juni 1997

**Der Ausschuß für Wirtschaft**

|                      |                        |
|----------------------|------------------------|
| <b>Friedhelm Ost</b> | <b>Hansjürgen Doss</b> |
| Vorsitzender         | Berichterstatler       |

## Bericht des Abgeordneten Hansjürgen Doss

### I.

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/7430 – wurde in der 169. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. April 1997 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung überwiesen.

### II.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am 4. Juni 1997 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

### III.

Die antragstellende Fraktion weist darauf hin, daß die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den alten und insbesondere in den neuen Bundesländern in den letzten vier Jahren sprunghaft angestiegen sei und mittlerweile bedrohliche Ausmaße annehme. Die Zahl von 22 344 Konkursen im vergangenen Jahr entspreche einer Steigerung von über 150 % seit 1991. In Ostdeutschland habe sich die Zahl der Insolvenzen seit 1992 sogar mehr als verfünffacht. Die antragstellende Fraktion befürchtet, daß sich dieser Trend auch im laufenden Jahr fortsetzen wird. Während es Schätzungen zufolge 1997 innerhalb der EU zu einem weiteren Rückgang an Firmeninsolvenzen um 8 % kommen werde, werde für Deutschland ein nochmaliger Anstieg prognostiziert.

Der Antrag zielt darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern, umgehend die Errichtung eines Konkursvermeidungsfonds in die Wege zu leiten. Aufgabe dieses Fonds soll es sein, kleinen und mittleren Un-

ternehmen, die durch den Ausfall von Außenständen, also durch außerhalb der Sphäre der betroffenen Unternehmen liegende und nicht vorhersehbare Ereignisse, vorübergehend illiquide sind, Liquiditätshilfen zu gewähren. Die Finanzierung des Fonds soll durch eine Starthilfe des Bundes, durch Bürgschaften und Beiträge erfolgen.

Ferner sollen kleinen und mittleren Unternehmen, deren Eigenkapitalausstattung nicht ausreicht, um konkret benannte Aufträge vorzufinanzieren, Kapitalhilfen gewährt werden. Voraussetzung für eine solche Finanzierung soll der Nachweis durch das Unternehmen sein, daß es sich nicht am Kapitalmarkt finanzieren kann, weil mit der Rendite die Zinsen nicht erwirtschaftet werden können, jedoch bei niedrigeren Zinsen das Unternehmen erfolgreich wachsen könne. Auch soll ein solches Wachstumsfinanzierungsdarlehen nur einmal an ein Unternehmen vergeben werden können. Schließlich fordert die antragstellende Fraktion eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Mobilisierung von Eigenkapital, um die während der letzten 13 Jahre drastisch gesunkenen Eigenkapitalquoten zu erhöhen. Sie weist in diesem Zusammenhang auf ihren Antrag zur Stärkung des Kapitalmarktes Deutschland, Förderung des Aktiensparens und Verbesserung der Risikokapitalversorgung (Drucksache 13/3784) hin.

### IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage in seiner 61. Sitzung am 11. Juni 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/7430 – zu empfehlen.

Bonn, den 11. Juni 1997

**Hansjürgen Doss**

Berichterstatte

